

Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement
– ein Forschungs- und Publikationsprojekt

Ein Kooperationsvorhaben zwischen dem Maecenata Institut und dem Fachgebiet Planungstheorie am Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin. Durchführung im Rahmen des Programms „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), vertreten durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

Protokoll des Workshops am 27.04.2009 an der TU Berlin

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

- **Prof. Dr. Frank Adloff**, Freie Universität Berlin, JFK Institut, Abteilung Soziologie
- **Elke Becker**, Technische Universität Berlin
- **Julian Einhaus**, Landeshauptstadt Potsdam (in Vertretung für Dr. Alfred Reichwein)
- **Tobias Federwisch**, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Geographie
- **Prof. Dr. Enrico Gualini**, Technische Universität Berlin
- **Marie-Luise Hornbogen**, Technische Universität Berlin
- **Prof. Dr. Detlev Ipsen**, Universität Kassel, Fachbereich Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung
- **Carolin Runkel**, Maecenata Institut, Berlin
- **Christian Schreier**, Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft
- **Prof. Dr. Walter Siebel**, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Institut für Sozialwissenschaften
- **Silke Stöber**, Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus
- **Rupert Graf Strachwitz**, Maecenata Institut, Berlin
- **Friedemann Walther**, Berliner Rathaus, Senatskanzlei
- **Dr. Oliver Weigel**, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Der Workshop beginnt mit einer Begrüßung durch Herrn Gualini. Bei diesem informellen Treffen sollen Experten aus der Wissenschaft einerseits und Vertreter aus der Praxis andererseits helfen, die durch die ersten Interviews gewonnenen Erfahrungen sowie zwei Impulse von Seiten der Autoren zu diskutieren. Mit dem Projekt soll die Thematik Stadtentwicklung und Zivilgesellschaft allgemein angestoßen werden. Dazu wird ein doppelter Ansatz verfolgt: Einerseits stellen die einzelnen Autorenbeiträge (siehe Anhang) einen zentralen Aspekt der Arbeit dar. Auf der anderen Seite kommen Vertreter der Zivilgesellschaft, Stadt- bzw. Raumentwickler und Vertreter der öffentlichen Hand in den Interviews zu Wort. Das Projekt geht also sowohl aus der Perspektive der Wissenschaft als auch aus dem Blickwinkel der Praxis heraus an die Thematik heran. Das Zusammenbringen von raumbezogener Stadtentwicklung und einer zivilgesellschaftlichen Perspektive ist dabei das eigentlich Neue. Der heutige Workshop setzt einen Schwerpunkt auf den wissenschaftlichen Teil des Projektes.

Es folgt eine Vorstellungsrunde, in der sich die einzelnen Teilnehmer kurz in der Thematik des Workshops verorten.

Herr Weigel erläutert die Bedeutung des Projektes und die Gründe, wieso dieses Projekt unterstützt wird. Im Kern steht die Einsicht, dass Stadtentwicklung mehr ist als Stadtplanung, in der in erster Linie technische und bauliche Veränderungen thematisiert werden. Der bauliche Bereich ist wichtig, leicht greifbar und kann gut instrumentalisiert werden. Jedoch ist das Ziel von Stadtentwicklungspolitik, den Diskurs auf eine wesentlich breitere Basis zu stellen. Stadtentwicklung wird dabei als „weicher Prozess“ verstanden, der über die Stadtplanung hinausgeht und die Gesamtheit der Entwicklungsprozesse in einer Stadt abbildet. Das Ministerium bekommt in den Diskussionen mit seinen Partnern ein Bild davon, was benötigt wird, um Stadtentwicklung weg von der Stadtentwicklungsplanung, wie sie z.B. in den 1970er Jahren betrieben wurde, hin zu einem zeitgemäßen Ansatz zu entwickeln. Dabei tauchen immer wieder die Themen der Zivilgesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements auf, woraufhin das Ministerium einen Bedarf an mehr Informationen zum Thema erkannt hat. Das Projekt wird daher als interessant und nützlich angesehen.

Herr Gualini weist darauf hin, dass diese Rahmenbedingungen des Projektes vor Augen gehalten werden müssen und dass es nicht auf einen Funktionsstreit der verschiedenen Bereiche hinauslaufen soll.

1. Sektion: Vorstellung der Interviewergebnisse und Diskussion

Elke Becker und Carolin Runkel präsentieren im Folgenden ihre Erfahrungen aus den bisher geführten Interviews. Es werden gehäuft auftretende Meinungen der Interviewpartner vorgestellt, eine ausführliche Auswertung der Aussagen steht noch aus. Bisher wurden 24 Experten aus Zivilgesellschaft, Verwaltung, Politik sowie Planer befragt. Dabei wurden fünf räumlichen Kategorien unterschieden: Metropolregion, ländlicher Raum, Stadt, Quartier, strukturschwache Region. Eine Liste der Interviewpartner befindet sich im Anhang.

In der Metropolregion sind sowohl Themen als auch Akteure überwiegend durch die Wirtschaft geprägt. Die Einbindung der Zivilgesellschaft spielt dabei – wenn überhaupt – eine untergeordnete Rolle. Eine gewisse Vorbild-Funktion haben hier die Metropolregionen Rhein

Neckar und Stuttgart. Es ist überwiegend die „elitäre“ und institutionalisierte Zivilgesellschaft, die in dieser räumlichen Arena aktiv ist oder dies aufgrund ihrer Strukturen sein könnte. Eine Aktivierung der Zivilgesellschaft scheint möglich im Bezug auf konkrete Themen, nicht jedoch umfassende Planungen betreffend. Für eine stärkere Einbindung der Bürger bedarf es entsprechend dezentral organisierter Strukturen und Anlaufstellen, die der Größe der räumlichen Arena Rechnung tragen.

Demgegenüber steht der ländliche Raum, in dem das persönliche Engagement durch ein Verantwortungsbewusstsein für die Gemeinschaft selbstverständlicher und unpolitischer zu sein scheint als im städtisch geprägten Raum. Ein Grund hierfür sind flache Hierarchien in der Problemwahrnehmungs- und Entscheidungsstruktur durch persönliche Kontakte zur öffentlichen Hand. Die Themen der Lokalen Agenda 21, so zeigen Erfahrungen, waren zu abstrakt für die Problemstellungen im ländlichen Raum. Durch überörtliche Strukturen und Netzwerke werden zivilgesellschaftliche Aktivitäten besser wahrnehmbar und Potenzial kann gebündelt nutzbar gemacht werden. Obwohl die Zivilgesellschaft an vielen Stellen bereits ganz selbstverständlich Lücken in der Daseinsvorsorge schließt, wird ihre Rolle als „Lückenbüsser“ von der Mehrheit kritisiert.

Für die räumliche Arena Stadt ist festzuhalten, dass die direkte oder indirekte Betroffenheit nicht unbedingt sozialraumbezogen ist. Stadtweite Themen sprechen jedoch eher die elitäre und institutionalisierte Zivilgesellschaft an. Dabei ist das Engagement zumeist projektbezogen und temporär. Auch politisches Engagement ist gesamtstädtisch. Immer wieder wird die Bedeutung des ressortübergreifenden Arbeitens der Verwaltung betont.

Graf Strachwitz weist auf Rückfrage darauf hin, dass die Metropolregion in der Regionalplanung ein feststehender Begriff ist und sich somit von der Stadt unterscheidet. Herr Walther bezweifelt, dass sich das bürgerschaftliche Handeln auf die Gesamtregion bezieht und glaubt vielmehr an seine lokale Verankerung. Herr Gualini ergänzt, dass es nicht um räumliche Arenen allein institutionell betrachtet geht, sondern dass vielmehr der Handlungskontext im Vordergrund steht.

Frau Runkel fährt mit der Darstellung der Ergebnisse für die räumliche Arena Quartier fort. Dieses ist im Gegensatz zur Gesamtstadt für die Zivilgesellschaft greif- und vermittelbarer, die Einbeziehung der Bürger wird hier jedoch stark mit Bürgerbeteiligung assoziiert. Durch dezentrale Anlaufstellen kann im Quartier leichter als in der Gesamtstadt ein Querschnitt der Bevölkerung erreicht werden. Dabei ist jedoch zu beachten, dass benachteiligte Quartiere eher einer Aktivierung bedürfen, z.B. in Form von Quartiersmanagement, als bessergestellte Quartiere, in denen ermöglichende Strukturen eine bereits starke Zivilgesellschaft fördern können.

Wie in benachteiligten Quartieren scheint auch in strukturschwachen Regionen die Zivilgesellschaft tendenziell weniger aktiv, insb. aufgrund der Abwanderung der gebildeten Mittelschicht. Eine Aktivierung ist dabei eher durch externe Raumpioniere als durch die öffentliche Hand zu erwarten, die aufgrund der Problemlage eher reagiert als agiert. Im strukturschwachen städtischen Raum wird eine fehlende Kommunikation beklagt während im ländlichen Raum eine fehlerhafte Kommunikation dazu führt, dass sich die Zivilgesellschaft

als „Lückenbüsser“ fühlt. Die Engagementbereitschaft weist ein ähnliches Stadt-Land-Gefälle wie im nicht-strukturschwachen Raum auf.

Arenenüberreifend wurde von fast allen Interviewpartnern betont, dass die Rolle der Zivilgesellschaft vor allem in der ergänzenden Problemwahrnehmung (Frühwarnsystem) zur öffentlichen Hand liegt. Ein Grundproblem in der Kooperation beider Partner liegt jedoch im schwammigen Begriff der Stadtentwicklung und der häufig nicht vorhandenen Abgrenzung zur Stadtplanung, weil dadurch die Stadtentwicklungsrelevanz des bürgerschaftlichen Engagements von beiden Seiten oftmals nicht erkannt wird und die Zuständigkeiten für die Problemlösung allein bei der öffentlichen Hand gesehen wird. Stadtentwicklung kann aber dann zu einem Aktionsfeld für die Zivilgesellschaft werden, wenn die Themen runtergebrochen und moderiert vermittelt werden, so dass eine Begegnung und Zusammenarbeit auf Augenhöhe möglich wird. Zwar sind die Lösungsansätze der Zivilgesellschaft nicht per se effektiver oder innovativer, das Potenzial liegt jedoch im gemeinsamen Agieren. Dabei muss das Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure, auch in der Übernahme von gemeinwohlorientierten Aufgaben, immer freiwillig und unabhängig bleiben und klar von hoheitlichen Aufgaben und Entscheidungskompetenzen abgegrenzt werden. Dies beruht nicht zuletzt auf der Tatsache, dass bürgerschaftliches Engagement nicht immer dem Allgemeinwohl dient. Da das bürgerschaftliche Engagement abhängig von Betroffenheit und Erfolgsaussichten ist, bedarf es einem Angebot an interessanten Aufgaben und nicht einer Abwälzung der von der öffentlichen Hand nicht mehr zu leistenden Angeboten.

Um einen angemessenen Umgang mit dem Potenzial des bürgerschaftlichen Engagements zu finden, bedarf es weniger einer Verwaltungsreform als vielmehr einem Umdenken der Politiker und Verwaltungsmitarbeiter. Der Anstoß dazu muss wahrscheinlich von externen Beratern kommen. Die Vertreter der öffentlichen Hand müssen die zivilgesellschaftlichen Akteure zunächst differenziert kennen lernen und verstehen, dass eine Unterstützung ihrer Arbeit meist weniger finanzieller als vielmehr ideeller und (infra-)struktureller Art ist. Eine (möglicherweise neutrale) dezentrale Anlaufstelle für die Zivilgesellschaft ist eine Möglichkeit, Barrieren abzubauen.

Herr Gualini stellt im Anschluss an die Darstellungen heraus, dass die schwammige und undeutliche Wahrnehmung dessen, was Stadtentwicklung eigentlich ist, eine interessante Erkenntnis der Interviews darstellt. Dies kann als Hinweis auf Schwierigkeiten in der Kommunikation zwischen den verschiedenen Akteuren gesehen werden. Der Vortrag hat viele weitere Punkte und Denkanstöße aufgezeigt, die im Folgenden diskutiert werden können.

Graf Strachwitz ergänzt die bisherige Diskussion um zwei Prämissen des Projektes und einige Punkte, die bislang zu erkennen waren. Die erste Prämisse behandelt die Frage nach der Auswahl der fünf unterschiedlichen räumlichen Arenen. Diese Einteilung war für die innere Struktur des empirischen Teils wichtig und wurde abschließend bei einem Workshop im Februar 2009 festgelegt. Die zweite Prämisse ist eine regionale Konzentration der untersuchten Arenen. Aufgrund der begrenzten Ressourcen des Projektes kann es nicht der Anspruch sein, eine Fallstudie zu erstellen oder einen Gesamtüberblick zu erstellen. Vielmehr ist das Erreichen einer gewissen Breite der Untersuchung angedacht.

Letztlich soll sich das Projekt der Frage nähern, wie man Strukturen und Prozesse entwickeln kann, um die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in der Stadtentwicklung zu fördern und zu stärken, und ob diese ermöglichend oder aktivierend sein sollen. Diese Unterscheidung wurde bereits in der Enquete Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ kontrovers diskutiert.

Ein zweiter Punkt, der sich kontinuierlich durch die Interviews zieht, ist eine ständige Defizit-Analyse bezüglich der Kommunikation und des Fehlens von Informationen. Dem stellt Strachwitz eine mögliche Potenzial-Analyse der Zivilgesellschaft zur Diskussion. Wo liegen Potenzial und Grenzen des zivilgesellschaftlichen Handelns? Außerdem benennt Strachwitz ein festgestelltes Unverständnis der Interviewpartner für die jeweils andere Handlungsgruppe. Strachwitz endet mit den daraus resultierenden Folgerungen, die sich einerseits auf eine nötige Organisationsentwicklung zivilgesellschaftlicher Akteure durch Förderung (Ermöglichung), andererseits auf das Anregen einem generellen Umdenken bei Entwicklungsprozessen beziehen.

Herr Ipsen bemängelt das Fehlen der sehr wichtigen Rolle der Zivilgesellschaft als Kritiker an der staatlichen Planung und erinnert an den teils rabiaten Widerstand seitens der Zivilgesellschaft in der Stadterneuerung (z.B. Abrisspolitik in Kreuzberg). Oft kommt zivilgesellschaftliches Engagement erst dann zustande, wenn sich einzelne Personen direkt betroffen fühlen.

Gualini erinnert daran, dass es sich bei den Ergebnissen aus den Interviews um Aussagen von Beteiligten handelt. Die Wahrnehmungen der Bereiche, in denen solche Konflikte bestehen, sind unterschiedlich. Es bahnen sich in der Stadterneuerung auch andere Bereiche an, in denen Konflikte zu erwarten sind. Die Frage dabei ist, ob dann die Zivilgesellschaft mobilisierungsfähig ist. Er sieht es jedoch als wichtigen Punkt an, nicht von harmonischen Beziehungen zwischen den Akteuren auszugehen.

Adloff würde jedoch gerne erfahren, ob es neben den zunächst eher allgemeinen Aussagen auch interessante Abweichungen oder Minderheitsmeinungen bei den Einschätzungen und Äußerungen der Experten gegeben hat? Elke Becker räumt ein, dass es zu diesem Zeitpunkt des Projektes wohl noch zu früh sei, diese Argumente umfassend in eine kontroverse Diskussion einzugliedern. Beispielhaft nennt sie jedoch die widersprüchlichen Aussagen zur Daseinsvorsorge auf der Ebene des ländlichen Raums. Frau Runkel ergänzt die kontroversen Meinungen darüber, ob sich die Menschen eher in ihrem kleinteiligen Sozialraum oder durch ein Gefühl der Betroffenheit auch z.B. für globalen Themen engagieren.

Herr Walther fügt an, dass die Orte des Engagements besondere Beachtung finden sollten. Egal auf welcher Ebene bündelt sich das Engagement aus seiner Erfahrung heraus oft an Orten wie Schule oder im Sport. Seine Hypothese ist, dass man das ganz konkrete Engagement gar nicht auf den verschiedenen Ebenen diskutieren kann, sondern dass es sich per se zunächst an Orten in der lokalen Nachbarschaft abspielt. Nur auf der politischen Ebene wird es auch auf den anderen Ebenen diskutiert, z.B. durch die Frage nach Netzwerken.

Walther betont außerdem, dass ein Blickwinkel auf das Engagement von einem Problemfeld (z.B. Förderung von Jugendlichen) heraus die Frage nach einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit und damit nach der Abschaffung der bestehenden Versäulung aufwirft. Damit weitet sich der Blick auf Engagement, das sich von den einzelnen Quartieren auch wieder lösen kann und die Möglichkeit bietet, Brücken zwischen den einzelnen Quartieren zu bauen (Beispiel Neuköllner Talentpaten).

Drittens spricht Walther die Frage an, wie wir von Instrumenten der Intervention hin zu einer dauerhaften Förderung von bürgerschaftlichem Engagement kommen. Er betrachtet dies als einen Kernproblem von Quartiersmanagement und dem Programm Soziale Stadt. Die erfolgreiche Aktivierung der Bevölkerung durch das Quartiersmanagement muss in eine dauerhafte Praxis überführt und ein Stückweit von staatlicher Förderung entkoppelt werden. Dies ist eine Gratwanderung hinsichtlich der Frage, wo staatliche Verantwortung endet und wo sie dauerhaft bestehen bleiben muss. Dazu ist eine über die verschiedenen Felder hinweg angelegte Engagementpolitik nötig.

Ein letzter Punkt, den Walther anspricht, behandelt die Frage nach den idealen Förderinstrumenten bzw. Orten, an denen sich bürgerschaftliches Engagement bündelt. Handelt es sich dabei um eine Querschnittsaufgabe oder um eine Förderung, die sich auf spezielle Räume oder Themenbereiche (z.B. Kiez oder Jugendarbeit) bezieht? Diese Fragen sollten aber nicht vom Stadtplaner mit einem Idealplan beantwortet, sondern vor Ort einzeln betrachtet werden.

Frau Stöber fragt, ob es auch Aussagen zu der dunklen Seite der Zivilgesellschaft und der NIMBY-Mentalität (not in my backyard) gab und ob es als problematisch angesehen wurde, wenn Engagement eben nicht immer nur dem Allgemeinwohl sondern auch den Eigeninteressen dient. Frau Becker erwidert darauf, dass die Interviews den Eindruck erweckt haben, dass es wohl wenig Engagierte gibt, die selbst nicht in irgendeiner Form betroffen sind. Frau Runkel erklärt, dass aufgrund dieser Tatsache in den Interviews auch abgefragt wurde, ob Stadtentwicklung überhaupt ein geeignetes Themenfeld für die Zivilgesellschaft ist, der man Eigeninteressen unterstellen kann, während Planer und öffentliche Hand eher das Allgemeinwohl im Auge haben bzw. haben sollten.

Die Ausrichtung des Handelns der Planer nach dem Allgemeinwohl wird von Herrn Ipsen angezweifelt. Darauf erwidert Herr Gualini, dass es tatsächlich nicht möglich ist, diese Frage zu umgehen. Jedoch ist das Allgemeinwohl auch immer schwer definierbar. Aber auch diese erste Gesprächsrunde hat bei Gualini den Eindruck hinterlassen, dass die politische Dimension im Allgemeinen eher im Hintergrund der Diskussion steht. Jedoch hat z.B. die Wahrnehmung, dass die Daseinsvorsorge schrumpft, etwas politisches. Gualini ist der Meinung, dass diese Frage in den wissenschaftlichen Beiträgen thematisiert werden sollte.

Herr Siebel spricht nochmals die Frage nach den erwähnten negativen Seiten von bürgerschaftlichem Engagement an und betont, dass man eigentlich auch fragen müsste, ob das Engagement der Menschen nicht auch als Konkurrenz wahrgenommen würde. Frau Becker antwortet, dass das Empfinden von Konkurrenzen in den Kommunen sehr unterschiedlich ausfällt.

Herr Federwisch versteht Sozialraum als Ressource und stellt die Frage, ob Verschiebungen in diesem Sozialraum festgestellt werden konnten. Dies könnte z.B. vorkommen, wenn Projekte der Zivilgesellschaft zunächst auf einer Ebene erfolglos sind und dann durch die Suche nach neuen Partnern auf einer anderen Ebene und über andere Netzwerke umgesetzt werden. Die ist laut Frau Becker in den Interviews nicht thematisiert worden, könnte ihrer Ansicht nach jedoch am ehesten im ländlichen Raum stattfinden.

Graf Strachwitz sieht eine Grundsatzfrage darin, ob übergreifend nach der Rolle des Staates gefragt werden soll. Handelt es sich um ein traditionelles Staatsverständnis mit einem über allem gewölbten Staat, oder ist der Staat ein Akteur neben anderen, dem dann ebenso wie der Zivilgesellschaft Eigeninteressen unterstellt werden können? Strachwitz ist sich jedoch nicht sicher, ob das Aufgreifen dieser Frage einen Gewinn für das Projekt darstellen könnte. In einem länger angelegten Projekt müsste man das sicherlich einbeziehen. Herr Ipsen betont daraufhin, dass es absurd wäre, dem Staat zu unterstellen, dass er in jeder Situation pauschal das Gemeinwohl vertreten würde.

Herr Gualini sieht die Gefahr, in eine Art von Positionsstreit zu verfallen. In diesem Projekt muss ein Weg gefunden werden, neben dem Führen einer wissenschaftliche Diskussion auch eine kritisch-pragmatischen Position zu finden. Durch die wissenschaftlichen Beiträge sollen in erster Linie die existierenden Wahrnehmungen reflektiert werden, die hier ja bereits thematisiert wurden. Gualini betont, dass Unterstellungen, wie sie gerade diskutiert wurden, nicht im Sinne des Projektes sind. Er will erreichen, dass das Thema öffentlich gefördert, verfolgt und diskutiert wird. Dabei muss das Gemeinwohl einerseits neu definiert werden, andererseits spielt das Räumliche dabei eine wichtige Rolle.

2. Sektion: Impuls Walter Siebel und Diskussion

Graf Strachwitz erläutert zu Beginn des Nachmittags, dass im Folgenden einige Beiträge zur Diskussion gestellt werden, die später in einem wissenschaftlichen Sammelband erscheinen, der zusammen mit einer Handreichung Output des Projektes sein wird. Bei der Zusammenstellung der Beiträge wurde darauf geachtet, dass die unterschiedlichen Aspekte des Themas einfließen können, wie auf der vorläufigen Zusammenstellung (siehe Anhang) dargestellt sind.

Herr Siebel beginnt mit dem ersten Impuls, der unter dem Thema „Planung und Zivilgesellschaft“ steht. Er gibt darin eine Übersicht über das sicher verändernde Verhältnis zwischen Gesellschaft und Staat. Das klassische Modell liberaler Demokratie, hat seine gesellschaftlichen Voraussetzungen verloren. Durch die Ausweitung der Staatstätigkeit, welche nicht zuletzt durch eine Kompensierung der Defizite der zivilen Gesellschaft entsteht, wird die Kooperation mit und die Einflussnahme durch die Bürger zunehmend wichtig.

Dabei erklärt Siebel anhand zweier Kritikpunkte die Probleme eines liberalen Staatsmodells: (1) Die repräsentative Demokratie leidet an einem sozialelektiven Input gegenüber der Politik aus der Bevölkerung heraus. (2) Die planende Verwaltung löst sich durch prozesshaft definierte Planungsziele und immer größer werdenden Entscheidungsspielräumen von der politischen Kontrolle. Dies führt dazu, dass diese langfristig planende und intensiv in alltägliche Lebensverhältnisse eingreifende Verwaltung

einen höheren Bedarf an Legitimation und Information hat, was in der Konsequenz zu einer stärkeren Kooperation mit der Zivilgesellschaft führen muss und von dieser auch gefordert wird. Mit dem Städtebauförderungsgesetz wurden hierfür drei Wege vorgeschrieben: Verwissenschaftlichung (Stadtforschung, Monitoring, Evaluation), Verhandlungssysteme (dauerhafte und enge Abstimmung mit den relevanten gesellschaftlichen Akteuren) und die Demokratisierung der Planung (Informations- und Beteiligungsangebote für alle Planungsbetroffenen).

Seit der Nachkriegszeit unterlag diese planende Verwaltung einem Wandel der Aufgaben. Während die Zivilgesellschaft in der Stadterweiterung keine Rolle gespielt hat, wurde sie im Rahmen der Stadtsanierung als Betroffene beteiligt. Weil in der heutigen Stadtentwicklung das Soziale in den Vordergrund gerückt ist, werden Bürger zu positiven Adressaten dieser Planung. Diesen Wandel der Stadtpolitik beschreibt Siebel in drei Stichpunkten: Kulturalisierung (innovative Milieus als weicher Standortfaktor, Wissensökonomie), Pädagogisierung (physische Planung als Vehikel für die Einflussnahme auf Verhaltensweisen) und einem Veralten der physischen Planung (diese allein reicht nicht aus, um Segregation zu verhindern). Damit einher geht auch ein Veralten der klassischen Instrumente raumbezogener Planung. Der Erfolg der Planung ist nicht nur angewiesen auf die Kooperationsbereitschaft der Verwaltung, sondern er bemisst sich an den Verhaltensänderungen der Menschen. Ohne eine Öffnung der planenden Verwaltung gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteuren kann die Verwaltung nicht mehr auskommen.

In der anschließenden Diskussion beginnt Frau Stöber mit einer Anmerkung zur Wissensökonomie. Es stellt sich die Frage, wie die Verwaltung mit dem Potenzial des in diesem Konzept vernachlässigten ländlichen Raums umgehen kann, auch im Hinblick auf positive Beispiele aus Skandinavien. Herr Siebel antwortet, dass seiner Meinung nach Wissensökonomie in ländlichen Gebieten und entsprechende Strategien nicht existieren. Die Erklärung, dass die Generierung von Wissen (außerhalb des in der Schule erlernten) und urbane Milieus miteinander zusammenhängen, findet er einleuchtend.

Herr Adloff empfindet den Vortrag von Herrn Siebel als eine ziemlich düstere Version, die ihn an den Begriff „*Governmentality*“ von Foucault erinnert, der besagt, dass der Staat versucht, Mentalitäten zur besseren Regierbarkeit zu produzieren. Wenn dem so ist, dann sind die Verflechtungszusammenhänge so stark, dass dichotome Unterscheidungen, z.B. zwischen Zivilgesellschaft und Staat oder Kooperation und Konsens, keinen Sinn mehr machen. Durch eine Kooperation und die Steuerung von Mentalitäten läuft es darauf hinaus, dass der zivilgesellschaftliche Raum überhaupt kein Schutzraum mehr vor staatlichen Interventionen sein kann. Die Zivilgesellschaft arbeitet dann aktiv daran mit, diesen privaten Raum der liberalen Freiheitsrechte zu unterminieren.

Herr Siebel ergänzt dazu, dass aus der Sicht der planenden Verwaltung immer der Gesichtspunkt der Instrumentalisierung im Vordergrund steht. Das eigentliche Problem liegt für ihn jedoch in einer aus der Emanzipation resultierenden Form der Vergesellschaftung, in der es für jedes zuvor familiär gestillte Bedürfnis einen Markt gibt. Aber es gibt Grenzen der Entwicklung der Vergesellschaftungsprozesse, z.B. Werte wie Liebe oder Vertrauen in der Altenpflege, die nicht durch den Markt oder Staat angeboten werden können, und Bereiche menschlicher Beziehungen, die nicht professionalisierbar sind. Hier liegen auch die Grenzen

der Kooperation zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Er stellt die Frage, was eigentlich mit der Qualität unseres Lebens geschieht, wenn sie immer mehr in der Kooperation oder gänzlich von Staat und Zivilgesellschaft produziert wird. Graf Strachwitz spricht an, dass es ohne normative Aspekte schwer werden wird, in diesem Feld zurecht zu kommen.

Walther greift diesen Aspekt auf, denn er glaubt, dass man an dem Beispiel der Altenpflege diese düstere Vision widerlegen kann und dass darin auch das Potenzial für eine Rückbesinnung auf zivilgesellschaftlichen Eigengewinn liegt. Es stellt sich die Frage, wie man eine zivilgesellschaftliche Öffnung der Verwaltung herbeiführt, damit sich neuen Formen des gesellschaftlichen und generationsübergreifenden Miteinanders öffnen. Im Hinblick auf den Impuls wäre die Frage spannend, wo sich in Abgrenzung zur Geschichte neue Perspektiven bilden, um solche Freiheitsräume zu schaffen, vielleicht auch konstruiert durch staatliche Planung. Herr Siebel antwortet darauf, dass man aus der Sicht der Verwaltung ermöglichen, aktivieren aber auch zulassen kann, also bewusst nicht politisch eingreifen oder dies nur dann tun, wenn es notwendig wird. Dies ist eine normative Frage. Und in wieweit gibt es ein Ermöglichen und ein Aktivieren, das nicht die gleichen Qualitäten informeller Aktivitäten bringen kann?

Herr Walther thematisiert solch minimale Maßnahmen der Planung. Am Beispiel des demographischen Wandels könnte dies die Einrichtung von Anlaufberatungsstellen sein, die Hilfestellung geben in genannter Form der Selbstorganisation ohne dabei die normative Entscheidungen vorweg zu nehmen.

Herr Siebel berichtet, dass in Untersuchungen zwar erkannt wurde, dass es eine hohe Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement gibt, dass dieses Engagement aus einer Scheu vor den damit verbundenen Verbindlichkeiten aber oft nicht aktuell wird. Um hier Engagement zu fördern könnte die kommunale Infrastruktur nun z.B. so organisiert werden wie die Springer in den klassischen Dienstleistungsbereichen. Diese können kurzfristig solche Tätigkeiten übernehmen, die nicht quantitativ sondern qualitativ von Bedeutung sind, und so die Verbindlichkeit von zivilgesellschaftlichem Engagement gewährleisten. Graf Strachwitz berichtet von Erfahrungen im Rettungsdienst, wo diese Struktur an dem komplizierten Nebeneinander von Haupt- und Ehrenamt gescheitert ist.

Herr Ipsen wirft ein, dass es in Deutschland eine Tradition des starken Staates gibt, in dem eigentlich keine Räume für Zivilgesellschaft existieren. In Bangladesch z.B. gibt es fast keinen Staat und deshalb viel Platz für zivilgesellschaftliche Organisationen. Dann stellt sich die Frage, ob ein Land wie Deutschland den Staat zurückdrängen soll um Raum für die Zivilgesellschaft zu schaffen und warum man die Zivilgesellschaft überhaupt will. Graf Strachwitz macht daran anschließend auf den zivilgesellschaftlichen Mehrwert aufmerksam und Siebel erinnert daran, dass er versucht hat, dies funktionalistisch und normativ zu erklären.

Im Grunde, so Adloff, handelt es sich bei dieser Sichtweise um eine Art Nullsummenspiel zwischen Zivilgesellschaft und Staat. Allerdings kann es auch den Fall geben, dass beide Seiten gut ausgeprägt sind und dann würde es sich um ein Positivsummenspiel handeln. Herr Walther erwähnt das Beispiel der Talentpaten (Bürgerstiftung Neukölln), die seiner Ansicht nach eine Positivsumme erzeugen. Durch den minimalen Einsatz eines Koordinators und Mentorenbegleiters wird ein Maximum an bürgerschaftlichem Engagement ermöglicht.

Die Frage ist, wie man dies ganz allgemein umsetzen kann, ohne der großen Gefahr zu erliegen, bürgerschaftliches Engagement von A bis Z durchzuplanen.

Herr Siebel bemerkt, dass festgehalten werden muss, dass zivilgesellschaftliches Engagement zum Problem geworden ist, denn sonst müsste man nicht darüber reden. In der einen der in seinem Beitrag genannten Perspektiven hat er erklärt, dass die Planung zunehmend pädagogische Funktionen hat. Das Zweite ist die Übernahme gesellschaftlicher Funktionen, weil Zivilgesellschaft versagt (z.B. Schule als Familienersatz). Wenn man nur wohlfeil darüber redet, wie schön bürgerschaftliches Engagement ist, muss man auch herausarbeiten, dass man vor dem Hintergrund eines Defizits spricht. Wenn man auf die Idee kommt, dass es an einer Stelle mobilisiert werden muss, ist es genau dort, wo es am geringsten ist.

Graf Strachwitz sieht in dieser Betrachtung zwei verschiedene Ebenen oder Zugänge. Die eine behandelt die strukturell eingebettete Zivilgesellschaft, die bei der Vorbereitung staatlicher Maßnahmen beteiligt ist. Die andere Ebene behandelt die Frage, ob lebenswerte Strukturen durch die Zivilgesellschaft geschaffen werden müssen, an Stellen, an denen diese nicht existieren. Dies sind zwei unterschiedliche Fragestellungen.

Herr Weigel betont, dass es sich insgesamt um ein Problemfeld handelt, zu dem bereits viele Ideen vorhanden sind. Die Frage, die sich für ihn stellt, ist, wie man bestimmte Initiativen ermöglichen und andererseits dazu beitragen kann, dass sich so etwas verbreitet.

Herr Siebel meint dazu, dass es sich hier um ein Feld handelt, das man fördern und stärken möchte, das sich aber der administrativen Fügung und Kontrolle entzieht. Man muss auf der einen Seite sehen, dass diese ganze Debatte ihre Schübe aus der funktionalistischen Perspektive der Planer und zweitens aus der Defiziterfahrung des Versagens der Zivilgesellschaft erhält. Es gibt scheinbar nur einen kleinen Bereich, in dem diese problematischen Hintergründe keine Rolle spielen. Daher lohnt es sich darüber nachzudenken, in wie weit es in diesen Bereichen Förderweisen gibt, die nicht versuchen, zu instrumentalisieren und zu formalisieren, was eben informell bleiben muss.

Im Folgenden werden Beispiele angeführt, die sich um die Möglichkeit der Aktivierung und Multiplizierung von zivilgesellschaftlichem Handeln drehen. Herr Ipsen plädiert für eine Verantwortungsrückgabe durch den Staat und für einen stärkeren Austausch. Herr Walther wirft die Frage auf, ob der Staat z.B. Einrichtungen wie Schwimmbäder an Vereine abgeben soll und wieweit der Begriff der Daseinvorsorge zu fassen ist. Auch dies ist eine normative Diskussion, die geführt werden muss. Siebel sieht es als Problem an, wenn eine Übergabe von Verantwortungen als Sparstrategie verstanden wird. Daraufhin meint Graf Strachwitz, dass es eine provozierende Antithese ist, zu fordern, dass sich der Staat zurückziehen soll, da es normalerweise im Sinne der Zivilgesellschaft heißt, dass dies nicht geschehen darf.

Herr Gualini wirft ein, dass er Probleme mit der gewählten Diskursebene hat, da die funktionalistische Ebene einen Rechtfertigungsdiskurs beschreibt, der sehr speziell aus dem Bereich der Planung kommt. Dieser Ansatz ist kritikwürdig und die Planung muss sich dieses Problems bewusst werden. Es ist wichtig, dass die Betrachtung der Zivilgesellschaft nicht nur aus einer disziplinären Perspektive kommt.

Herr Siebel erklärt, dass er in seinem Impuls versucht hat, einen Prozess zu beschreiben, also die Veränderung der Aufgabenstellung kommunaler Planung, die notwendigerweise zu einer Öffnung der Verwaltung führt. Die kritische Auseinandersetzung mit diesem Prozess findet er spannend, hat diesen aber nicht als Teil seines Beitrags verstanden.

Herr Walther gibt zu bedenken, dass es nicht immer möglich ist, Aufgaben zu Übertragen, um ein Weniger an Staat zu erreichen. Die Intention von zivilgesellschaftlichem Handeln sollte sein, einen Mehrwert zu erzeugen, und nicht Aufgaben zu verschieben und Zuständigkeiten zu verändern. In der Stadtentwicklung kann man schon vieles besser machen als in der Stadtplanung. Allgemein genügt jedoch weder die zivilgesellschaftliche Erstellung von Leistungen oder die Stadtplanung alleine, sondern es sollte um das Gemeinsame gehen.

Graf Strachwitz merkt an, dass es wichtig ist zu betonen, warum oder ob Stadtentwicklung nicht mehr als reiner Planungsprozess läuft, um eine grundlegendere Basis für die Thematik zu erhalten. Er dankt Herrn Siebel für seinen Impuls, da dieser den Workshop an dieser Stelle frühzeitig verlassen muss.

3. Sektion: Impuls Tobias Federwisch und Diskussion

Der dritte Teil des Workshops beginnt mit dem Impuls von Herrn Federwisch „Wer macht die Region? Governanceprozesse, Akteure und deren Grenzen.“ Federwisch beginnt seinen Impuls mit Erläuterungen bezüglich des Cultural Turn in der Geographie und des Spatial Turn in der Politikwissenschaft. Während zunächst die Erkundung und Beschreibung von Ländern und Landschaften Hauptgegenstand der Geographie waren, ging es seit Mitte des 20. Jahrhunderts der Forschung zunehmend um die Kausalerklärung des erdräumlichen Gesamtmusters (Spatial Approach der raumwissenschaftlichen Geographie). Diese Entwicklung geht einher mit einer „Regionalisierung“ durch die Forschung, d.h. mit durch wissenschaftliche Erkenntnis konstruierte Regionen. Die Frage „Wer macht die Region?“ konnte laut Federwisch nun von den Geographien mit „wir“ beantwortet werden. In der Konsequenz nahm die raumwissenschaftliche Geographie zunehmend Beratungsfunktionen für Politik und Verwaltung ein und wurde zu einer bedeutenden Instanz in Government- sowie Governance-Prozessen.

In der heute prominenten handlungstheoretischen Geographie geht es um die Frage nach der alltäglichen Konstruktion und Reproduktion von Regionen, um die Praktiken der Regionalisierung und um deren institutionellen Rahmenbedingungen. In diesem Sinne fragt die handlungstheoretische Geographie ganz allgemein danach, wie Regionen in alltäglicher politischer, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, medialer oder religiöser Praxis konstruiert und reproduziert werden. Regionen werden daher auch als alltägliches Konstrukt aller Menschen gesehen: „Wir alle machen Regionen – und dies Alltäglich“.

Der in den Sozial- und Kultur-, in den Politik- und Verwaltungswissenschaften vollzogene Spatial Turn bringt gleichzeitig ein neues Interesse an raumbezogenen Themen hervor und fragt nach der Realität und Transformation des Regierens, des Steuerns und Lenkens (Governance) auf einer räumlichen Maßstabsebene. Dabei ändert sich – im Zuge der Globalisierung der Lebensbedingungen – der Fokus von nationalstaatlichen Territorien hin

zu supra- und substaatlichen Ebenen. Die Geographie profitiert von dem wachsenden Interesse der nun zunehmend geographischen Perspektive der Nachbardisziplinen.

Federwisch schließt mit der Verbindung der handlungs- und praxiszentrierten Geographie mit der Governance-Diskussion. Räume werden durch soziale Beziehungen produziert, es entstehen soziale Räume, imaginäre Räume oder auch moralische Räume. Dies führt zur Analyse von Räumen außerhalb der Maßstabsebene und bedarf einer Sensibilität gegenüber einer Vielzahl anderer Raumsemantiken. Diese spielen in der Analyse von Governance-Failure (Stichwort Integration) und Entscheidungsprozessen (Stichwort Legitimationen) eine Rolle.

Graf Strachwitz bedankt sich für die Ausführungen und die Nachlieferung der Methodologie für die Arenen, mit denen im Projekt gearbeitet werden. Im Folgenden soll diskutiert werden, wie die genaue Relevanz des Beitrages für die eigentliche Thematik aussieht.

Auch Herr Gualini dankt für den interessanten Beitrag. Dieser weist in eine wichtige Richtung, jedoch sieht Gualini eine Überbetonung des semantischen Aspekts und eine Unterbetonung der Pragmatik, die für das Projekt jedoch von Bedeutung ist. Interessant wäre es, einen Bezug zu den zivilgesellschaftlichen Akteuren im Raum herzustellen und die handlungstheoretische Seite stärker hervorzugeben. Graf Strachwitz schließt daran an und möchte wissen, was es praktisch bedeutet, wenn man die historisch neueste Ausprägung der Geographie, die handlungstheoretische Geographie, anwendet. In wieweit können selbstorganisiertes und hoheitliches Handeln zusammengeführt werden? Was ergeben sich aus diesem Ansatz für Problemszenarios?

Herr Federwisch erklärt, dass es – auch für die Politik – ein wichtiger Ansatz sein muss, weg von einer Maßstabsebene und hin zur Wahrnehmung des Raums durch die Akteure zu gehen. Es stellt sich sowohl die Frage, wie Felder besetzt und wie Tätigkeiten innerhalb der Felder legitimiert, als auch wie einzelne Akteure in diesen Sozialräumen integriert werden.

Frau Becker merkt an, dass die Region eher als staatsferne Ebene wahrgenommen wird. Wenn man noch mal an das Gespräch vom Beginn zurückdenkt, bedeutet dann in diesem Kontext, dass weniger Staat ein Mehr an Zivilgesellschaft bedeutet? Herr Federwisch erwidert, dass es darauf ankommt, wer alles zur Zivilgesellschaft gezählt wird. Wenn man z.B. engagierte Unternehmen dazuzählt, dann würde er zustimmen.

Durch Netzwerke, z.B. durch Experten aus einem anderen geographischen Raum, die für ein bestimmtes Projekt herangezogen werden, so Federwisch weiter, ändern sich Raumbegriffe im Bezug auf die Integration bestimmter Akteure. Walther stellt eine umgekehrte Sichtweise in den Raum: Ein solches Vorgehen könnte auch eine Vitaminspritze sein für einen Raum, in dem es solche Experten gar nicht gibt. Auf einer Handlungsebene könnte der Ansatz von Federwisch bedeuten, dass auf einer Landkarte unterschiedliche Dichten bürgerschaftlichen Engagements dargestellt werden können. Herr Federwisch erläutert, dass es kaum möglich ist, bestimmte gesellschaftliche Orientierungen auf einer Landkarte darzustellen. Dennoch ist die Frage, wo die Zivilgesellschaft ihre Grenzen sieht oder Grenzen gesetzt bekommt und dies als Orientierung in Steuerungsprozessen darzustellen. Mit einem geographischen Raumverständnis hat dies nichts mehr zu tun. Das

von ihm vorgestellte neue Geographieverständnis versucht, die Bildung von Netzwerken oder den Aufbau von Sozialräumen zu greifen und ist daher für die Zivilgesellschaft relevant.

Herr Gualini analysiert den Vortrag und seine Relevanz für das Projekt so, dass Handlungsskalen nicht etwas Gegebenes sind und ihre Übertragung einer Semantik folgen, zu der gehört, dass bestimmte Akteure eine Deutungshoheit über einen bestimmten Raum einnehmen. Für das Projekt wäre es ungeheuer interessant zu fragen, welche Akteurskonstellationen an einem Diskurs teilnehmen und wer oder in welcher Form diese Deutungshoheit ausspielt oder ausgespielt wird. In der Diskussion ist auch schon der Begriff der elitären Zivilgesellschaft gefallen, als bestimmte Form des diskursiven Einflusses. Governance-Prozesse schaffen Räume zur Partizipation, diese sind aber nicht der Ausdruck einer gesellschaftlichen Offenheit, sondern eher der Ausdruck einer gewissen Diskurselite innerhalb der Gesellschaft, die an diesen Prozessen teilhat.

Federwisch berichtet aus der Metropolregion Sachsendreieck, die sich aktuell um thüringische und sachsen-anhaltinische Städte erweitert. Spannend ist nun zu sehen, wer weshalb in die Prozesse mitgenommen oder auch nicht mitgenommen wird. Entlang der Erweiterung zerbrechen alte Partnerschaften und es entstehen neue Akteurskonstellationen, weil die Ressourcen der Akteure nicht mehr ausreichen. So entstehen ganz neue Rollen und Bedeutungen.

Graf Strachwitz ergänzt die Diskussion von Federwischs Beitrag mit einer Referenz auf die vorangegangene Diskussion im Workshop mit der These, dass die Sichtweise auf die Rollen sowohl von Zivilgesellschaft als auch von Verwaltung veraltet ist, weil im Grunde unser Raumverständnis nicht mehr gilt und Akteursgeflechte neu dargestellt werden müssten. Herr Federwisch stimmt zwar dieser These in ihrer Zuspitzung nicht gänzlich, aber doch grundsätzlich zu.

Herr Ipsen sieht das Interessante für das Thema darin, dass Konstruktionen wie die Metropolregionen tatsächlich nur in Amtsstuben, nicht aber in den Köpfen der Menschen existieren. Das zeigt, dass Raumkonstruktionen an der realen Lebenswelt vorbei erschaffen werden. Er sieht darin eine Aneignung von Raum durch die Raumplaner und eine bewusste Ausschaltung der Zivilgesellschaft.

Herr Walther erinnert als Bestätigung dieser Kritik an die Kopfgeburt eines Bundeslandes Berlin-Brandenburg in den 90er Jahren, die trotz der vorhandenen starken Verflechtung von der Bevölkerung Brandenburgs nicht angenommen wurde. Walther glaubt, dass der soeben vorgestellte Ansatz einen erkenntnisbildenden Wert für die Teilnehmer des Projektes hat, weil man unterscheiden kann zwischen den politischen Abgrenzungen, die als gegeben angenommen werden, und den realen gesellschaftlichen Abgrenzungen. Er hilft, zu entscheiden, für welches Thema auf welcher Ebene angesetzt werden sollte. Graf Strachwitz merkt an, dass es darüber hinaus auch um die Erfindung neuer Räume geht.

Frau Stöber würde innerhalb der Gruppe der Unternehmen unterscheiden zwischen denen, die Corporate Social Responsibility betreiben und damit zur Zivilgesellschaft zählen, und jenen, die das nicht tun. Außerdem sieht sie ein Problem in der Idee der Metropolregion, wenn das Dorf als „kleine Schwester“ nicht gesehen und bei Mittelvergaben nicht

berücksichtigt wird. Siedlungstypen dürfen dabei nicht vernachlässigt und Urban-Governance und Rural-Governance müssen unterschieden werden.

Federwisch begründet seinen Forschungsansatz mit der Beobachtung, dass viele Governance-Themen noch gekoppelt sind an räumliche Maßstäbe, während sich in den von ihm untersuchten Regionen Akteure entlang spezifischer Fragestellungen neu organisieren.

Graf Strachwitz merkt an, dass die eben verwendete Raumdefinition erlaubt, auch virtuelle Räume einzubeziehen. Dies hätte viel Potenzial für die Zivilgesellschaft, denn in diesen Räumen und Netzwerken spielt sich zivilgesellschaftlich viel ab. Jedoch, so Strachwitz, braucht es für die Entwicklung eines partnerschaftlichen Modells auch immer ein Stück Loyalität. Hier stellt sich die auch von Herrn Federwisch für spannend befundene Frage, was passiert, wenn durch einen Abgleich mit anderen Kulturen ein globales Netzwerk entsteht, dem keine orthodoxe Raumkonzeption zugrunde liegt. Zur Beschreibung dieser Phänomene werden ein anderes Raumkonzept und eine neue Raumsemantik notwendig werden.

4. Sektion: Abschlussdiskussion

Graf Strachwitz fordert die Teilnehmer des Workshops in der letzten Runde auf, sich abschließend zu äußern. Dies gilt insbesondere für die noch anwesenden Autoren, die heute keinen Impuls vorgetragen haben.

Herr Ipsen berichtet, dass er bislang an mehreren räumlich bezogenen Beteiligungsverfahren beteiligt war, die in ihrer Art sehr unterschiedlich waren. Er möchte in seinem Beitrag der These nachgehen, dass es aufgrund der starken Abhängigkeit von der räumlichen Einbindung der Zivilgesellschaft nicht nur einen Prozess der Beteiligung geben kann, sondern dass die Methodik sehr themenabhängig sein muss. Herr Walther ergänzt hierzu als zusätzliche Inspiration das Beispiel von der Bürgerstiftung Neukölln, die aufgrund ihres Bezugs zu einem benachteiligten Stadtteil ganz spezifische Merkmale herausgebildet hat, die sie von anderen Bürgerstiftungen unterscheidet. Es wäre sicher eine spannende Aufgabe, zu untersuchen, welche Wege unterschiedliche Orte gegangen sind, um sich selbst neu aufzustellen. Dabei kommt die Frage auf, wie der Staat, z.B. durch einen Interventionsansatz wie die Soziale Stadt, dauerhaft aktivierend eingreifen kann.

Herr Weigel sieht, dass Maßnahmen wie die Soziale Stadt in Quartieren auf begrenzte Zeit eingesetzt werden und der Aufbau dauerhafter Strukturen oftmals nicht funktioniert. Es ist nicht zuletzt ein Problem, dass Quartiersmanagements versuchen, die eigene Existenz zu rechtfertigen und es versäumt haben, bürgerschaftliches Engagement entsprechend anzuregen. Das Ministerium kann Plattformen des gegenseitigen Austausches bieten. Aufgrund bundesweiter Erfahrungen hält er es jedoch nicht für sinnvoll, eine institutionalisierte Stelle für Zivilengagement einzurichten, da diese gegenläufig zu Ressortegoismen übergreifend tätig sein muss. Er sieht keine andere Antwort als ermöglichende Strukturen und den Austausch zu fördern.

Herr Adloff wiederholt seine Ankündigung, dass er es zeitlich nicht schafft, einen Beitrag für das Projekt zu schreiben und einen Kommentar anbieten kann. Jedoch ist er durch Herrn Siebels Beitrag angeregt worden, so dass er das ihm vorgeschlagene Thema „Milieus und

Zivilgesellschaft“ für umsetzbar hält¹. Die Frage, welche Rolle städtische Milieus spielen und wer die Träger von zivilgesellschaftlichen Projekten sind, findet er spannend, ebenso wie die Frage danach, wie man heute, auch im Gegensatz zu früher, mit der Umsetzung pädagogischer Programme umgeht.

Graf Strachwitz fordert die Teilnehmer zuletzt auf, thematische Lücken in der Auswahl der Beiträge zu benennen. Herr Walther wünscht sich neben dem Beitrag von Frau Rindt noch weitere Beiträge, die sich auf bestimmte Zielgruppen oder Orte des Engagements beziehen, z.B. Schule, Senioren oder Unternehmen.

Herr Federwisch bittet um Rückmeldung, wie er seinen Beitrag angehen soll, damit er nicht gänzlich aus der Rolle fallen wird. Herr Gualini findet, dass er in dem Beitrag aus seiner Perspektive Anregungen geben sollte, wie das Thema besser in der zivilgesellschaftlichen Forschung behandelt werden kann. Gualini sieht in jedem Fall Zusammenhänge zwischen den gehörten Ausführungen und der Zivilgesellschaftsforschung.

Graf Strachwitz bedankt sich für die engagierte Teilnahme und verabschiedet die Anwesenden.

Christian Schreier, Carolin Runkel
Berlin, 02.06.09

¹ Adloff ändert nach dem Workshop seinen Arbeitstitel in "Selbst- und Fremdsteuerung in der Zivilgesellschaft"

Anhang

Autorenbeiträge (Arbeitstitel)
(Stand: 27.04.09)

Prof. Dr. Frank Adloff Freie Universität Berlin, JFK Institut, Abteilung Soziologie	Selbst- und Fremdsteuerung in der Zivilgesellschaft
Dierk Borstel Universität Greifswald, Instituts für Politik- und Kommunikationswissenschaft	Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement im ländlichen Raum
Prof. Dr. Rainer Danielzyk ILS - Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH, Dortmund	Chancen und Grenzen der Zivilgesellschaft in der Region
Tobias Federwisch Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Geographie, Sozialgeographie	Zivilgesellschaft, Governance und Raum. Ein programmatischer Beitrag aus Sicht der geographischen Forschung.
Prof. Dr. Detlev Ipsen Universität Kassel, Fachbereich Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung	Zivilgesellschaft und Raum: Chance oder Überforderung?
Dr. Heike Liebmann Leibnitz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung e.V. (IRS), Erkner	Zivilgesellschaft unter Schrumpfungsbedingungen
Dr. Alfred Reichwein Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt), Köln	Zivilgesellschaft aus Sicht der öffentlichen Hand
Martina Trauth-Koschnick Stadt Potsdam	
Susanne Rindt Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, gemeinnütziger e.V.	Jugend engagiert sich für die Stadt
Prof. Dr. Roland Roth Hochschule Magdeburg-Stendal, Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen	Stärkung der Zivilgesellschaft durch die Stadtentwicklung oder: Stärkung der Stadtentwicklung durch die Zivilgesellschaft?
Prof. Dr. Walter Siebel Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Institut für Sozialwissenschaften	Planende Verwaltung und zivile Gesellschaft
Dr. Bernd Wagner Kulturpolitische Gesellschaft (KUPOGE), Bonn	Zivilgesellschaft, Stadtpolitik und Kultur
Dr. André Christian Wolf npm Zentrum für Nonprofit-Management gGmbH, Münster	Engagementfördernde Infrastruktur in Stadt und Region (ggf. Bürgerstiftung)

Interviews

(Stand: 27.04.09)

Metropolregion
<p>Ralf Baumgarth Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband, Geschäftsführer, Heidelberg</p> <p>Sylvana Mehrwald und Carmen Daramus Stiftung Metropolregion Rhein-Neckar, Stiftungsvorstand, Mannheim</p> <p>Jens Scheller Anstadt, Büro für regionale Entwicklungen, ehemals Dezernent Planungsverband Frankfurt/Rhein-Main, Frankfurt</p> <p>Monika Helbig Beauftragte für das bürgerschaftliche Engagement in Berlin</p> <p>Dr. Brigitte Adam Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn</p>
Ländlicher Raum
<p>Claudia Raß Bund der deutschen Landjugend, Bundesjugendreferentin für Beteiligungsmöglichkeiten und -prozesse, Oldenburg</p> <p>Niklas Ahrens Bund der deutschen Landjugend, Hamburg</p> <p>Prof. Ulf Matthiesen HU Berlin, Institut für Europäische Ethnologie</p> <p>Gudrun Lang imkontext, Geschäftsführerin, Eschwege</p> <p>noch ausstehend: Prof. Holger Magel <i>Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum e.V und TU München</i></p> <p>noch ausstehend: Alois Glück <i>Landtagspräsident a. D., München</i></p>
Stadt
<p>Birgit Weber Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. (BAGFA), Geschäftsführerin, Berlin</p> <p>Dr. Adrian Reinert Volkshochschule Bonn</p> <p>Dr. Ralf Vandamme Städtetag BaWü, Fachberatung Bürgerschaftliches Engagement, Stuttgart</p> <p>Dr. Konrad Hummel Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. (vhw), Berlin</p> <p>Arnd Pricibilla Städtenetzwerk NRW, Unna</p> <p>Beate Weber OB Heidelberg a.D.</p> <p>Dr. Klaus Reuter Landesarbeitsgemeinschaft AGENDA 21 NRW e.V., Geschäftsführer, Dortmund</p> <p>noch ausstehend: Heike Maria von Joest <i>Bürgerstiftung Berlin, Vorstandsvorsitzende</i></p>

Quartier

Reinhard Thies

Diakonisches Werk, Servicestelle Soziale Stadt sowie Vorstand der BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit, Berlin

Tobias Habermann

Quartiersmanagement Leipziger Westen, Nachbarschaftsgärten e.V.

Sabine Slapa

die Raumplaner, Geschäftsführerin, Berlin

Prof. Reiner Staubach

Planerladen e.V. (Vorstand) und FH Lippe und Höxter, Dortmund

Strukturschwache Region

Silke Stöber

Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus

Felix Ringel

Anthropologe, Dissertation an der Cambridge Universität über Hoyerswerda, Hoyerswerda

Stefan Krapp

Baudirektor im Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung Brandenburg, Potsdam

Dr. Ingeborg Beer

Stadtforschung + Sozialplanung, Geschäftsführerin, Berlin